



Lösungsvorschlag

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2022

Prüfungsteil 1.2: Falldossier

Gewählter Sozialversicherungszweig: Invalidenversicherung

Kandidatennummer _____

Prüfungsdatum _____

Titel des Falls _____ Verfahren - Rente – Berufliche Massnahmen

Dauer _____ 90 Minuten

Falldossier: Verfahren - Rente – Berufliche Massnahmen

Einführung in den Fall

Max Muster, geboren am 12.01.1984, schweizerischer Staatsangehöriger, ist verheiratet und Vater einer Tochter, geboren am 23.04.2018. Nach erfolgreichem Abschluss seiner Lehre als Maurer hat er auf dem erlernten Beruf gearbeitet und sich zum Maurerpolier sowie zum Bauleiter weitergebildet. Seit 3 Jahren arbeitet er als Bauleiter für eine Firma, die Ein- und Mehrfamilienhäuser erstellt.

Im Betrieb ist er als Bauleiter sehr gefordert. Im Dezember 2019 erkrankte zudem seine Tochter. Die berufliche und familiäre Belastung wurde Max Muster zu viel, so dass er eine schwere Depression entwickelte und ab 20.01.2020 zu 100% arbeitsunfähig geschrieben werden musste.

Nach Eingang der IV-Anmeldung am 16.06.2020 wartete die zuständige IV-Stelle zuerst den weiteren Behandlungsverlauf ab bevor vom 31.08.2020 – 15.01.2021 Integrationsmassnahmen nach Art.14a IVG durchgeführt werden konnten. Aufgrund einer kurzzeitigen gesundheitlichen Verschlechterung musste Herr Muster vom 16.01.2021 – 21.02.2021 wieder stationär behandelt werden. Am 02.03.2021 konnte der Versicherte beim bisherigen Arbeitgeber einen sechsmonatigen Arbeitsversuch starten. Nach Ende des Arbeitsversuchs nahm Max Muster seine Tätigkeit als Bauleiter am 01.09.2021 wieder zu 100% auf. Mit Verfügung vom 11.11.2021 wies die IV-Stelle weitere berufliche Eingliederungsmassnahmen sowie Rentenleistungen ab.

Folgende Arbeitsunfähigkeitszeiten wurden vom 20.01.2020 bis 31.08.2021 als Bauleiter von den behandelnden Ärzten bescheinigt:

20.01.2020 – 01.03.2021 = 100% arbeitsunfähig

02.03.2021 – 30.06.2021 = 50% arbeitsunfähig

01.07.2021 – 31.08.2021 = 25% arbeitsunfähig

Mit Wiederanmeldung vom 11.02.2022 beantragt Max Muster erneut Leistungen der Invalidenversicherung, da er aufgrund eines gesundheitlichen Rückfalls seit 24.01.2022 wieder zu 100% arbeitsunfähig geschrieben wurde. Die IV-Stelle fordert Herrn Muster mit Revisionsschreiben vom 17.02.2022 auf, medizinische Unterlagen einzureichen, aus denen hervorgeht, dass sich sein Gesundheitszustand seit dem Erlass der Verfügung vom 11.11.2021 verschlechtert hat.

Nach Erhalt der medizinischen Unterlagen wird der zuständige Eingliederungsverantwortliche mit der Abklärung des neuen Sachverhalts beauftragt. Nach Besprechung mit dem Versicherten und einer Rückfrage beim RAD-Arzt kommt er in seinem Abschlussbericht vom 18.03.2022 zum Schluss, dass der weitere Behandlungsverlauf abzuwarten ist, bis erneut berufliche Massnahmen geprüft werden können. Der fallführende Sachbearbeiter teilt Max Muster daraufhin mit Vorbescheid vom 05.04.2022 mit, dass derzeit keine Eingliederungsfähigkeit besteht und deshalb berufliche Massnahmen im heutigen Zeitpunkt abgewiesen werden müssen. Mit einem weiteren Schreiben wird Herr Muster gleichzeitig informiert, dass ein allfälliger Rentenanspruch frühestens im Januar 2023 entstehen könne. Die weitere Bearbeitung des Rentengesuchs müsse deshalb bis Dezember 2022 zurückgestellt werden.

Mit Schreiben vom 18.04.2022 reagiert Herr Muster auf die Entscheide der IV-Stelle und bittet diese um Stellungnahme bzw. um Beantwortung seiner fachlichen Fragen.

Beilagen

- Beilage 1: Verfügung vom 11. November 2021
- Beilage 2: Revisionsschreiben vom 17. Februar 2022
- Beilage 3: Abschlussbericht vom 18. März 2022
- Beilage 4: Schreiben von Max Muster vom 18. April 2022

Aufgabe

1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bis zum Zeitpunkt des abweisenden Rentenentscheids vom 11. November 2021 vor. Listen Sie die relevanten Ergebnisse nachvollziehbar dar.
2. Nehmen Sie rechtlich begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren mit Erlass eines abweisenden Rentenentscheids korrekt abgeschlossen hat. Nehmen Sie dabei auch Bezug zu den rechtlichen Konsequenzen, die dieser Entscheid im Hinblick auf eine neue Rentenprüfung hat.
3. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse bezüglich der rechtlichen Ausgangslage nach Eingang der Wiederanmeldung vom 11.02.2022 vor. Nehmen Sie dabei auch begründet Stellung, ob die IV-Stelle das Verfahren mit Schreiben vom 17. Februar 2002 rechtlich korrekt gestaltet hat.
4. Listen Sie alle Entscheidungen auf, welche nach Eingang des Berichtes des Eingliederungsverantwortlichen vom 18. März 2022 zu treffen sind. Begründen Sie ausführlich in einer Stellungnahme zuhanden Ihres Vorgesetzten Ihre getroffenen Entscheide.
5. Formulieren Sie die Antworten an den Versicherten zu dessen Fragen im Schreiben vom 18. April 2022 zum möglichen Anspruch auf zukünftige Beruflichen Massnahmen.
6. Formulieren Sie die Antworten an den Versicherten zu dessen Fragen/ Einwänden im Schreiben vom 18. April 2022 zum Beginn des Rentenanspruchs.

Erwartungen

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 5-10 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

Hinweis

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

Punkte

max. 90

Aufgabe 1 und 2:

Ausgangslage

Max Muster erkrankte im Dezember 2019 nach grosser beruflicher und familiärer Belastung an einem psychischen Leiden. In der Folge bestand für die Dauer von 1 ½ Jahren bis Ende Juni 2021 eine rentenbegründende Arbeitsunfähigkeit. Mit Massnahmen der IV konnte er ab September 2021 wieder zu 100% in seiner angestammten Tätigkeit als Bauleiter beim bisherigen Arbeitgeber erfolgreich eingegliedert werden. Die zuständige IV-Stelle schloss das Verfahren anschliessend mit Erlass der rentenabweisenden Verfügung vom 11. November 2021 ab. Der Versicherte wurde nach Abschluss des Verfahrens von der IV-Stelle nicht weiter begleitet.

Analyse

Der Versicherte erkrankte erstmals an einem psychischen Leiden. Die Erfahrungen zeigen, dass das angeführte psychische Leiden häufig zu Rückfällen führt. In Anbetracht des Rückfallrisikos stellt sich darum die Frage, ob das Vorgehen der IV-Stelle mit Abschluss der beruflichen Massnahmen und Abweisung des Rentenanspruchs korrekt war. Folgende weitere Möglichkeit sind deshalb zu thematisieren:

- Zusprache einer befristeten Rente
- Weitere Begleitung des Versicherten durch einen Eingliederungsspezialisten nach Ende des Arbeitsversuchs
- Abwarten einer Probezeit nach Ende des Arbeitsversuchs und Wiederaufnahme der 100%-igen Tätigkeit beim bisherigen Arbeitgeber

Bei Zusprache einer befristeten Rente würde die IV-Rente innert drei Jahren bei erneuter Erwerbsunfähigkeit aufgrund desselben Leidens ohne nochmalige Anrechnung der einjährigen Wartezeit sechs Monate nach Eingang der IV-Anmeldung wiederaufleben. Bei Zusprache einer befristeten Rente hätte die Rente im vorliegenden Fall ab August 2022 wieder ausgerichtet werden können. Nachdem Herrn Muster keine befristete Rente zugesprochen wurde, kommt Art.29bis IVV mit Wiederaufleben der Invalidität nicht zur Anwendung. Dabei gilt es zu beachten, dass der Versicherte während der 1. Krankheitsphase bereits über 17 Monate rentenbegründend arbeitsunfähig war. Sofern die zuständige Krankentaggeldversicherung reglementarisch vorsieht, auch den Bezug von IV-Taggeldern auf ihre Leistungsdauer anzurechnen, könnte Herr Muster bis zur Aussteuerung lediglich noch für die Dauer von ca. 6 ½ Monate ab 24.01.2022 Krankentaggeldleistungen beziehen. Sofern die einjährige Wartezeit ab Eintritt des Rückfalls erneut zu erbringen ist, entsteht der Anspruch auf eine IV-Rente frühestens im Januar 2023. Somit hätte der Versicherte ab August 2022 bis Januar 2023 keinen Anspruch mehr auf Lohnfortzahlung in Form von Krankentaggeldleistungen.

Die IV-Stelle hätte die Möglichkeit gehabt, Max Muster nach Ende des Arbeitsversuchs weiterhin beruflich zu begleiten oder ihm die stundenweise Begleitung durch einen Coach zu finanzieren. Bei erneutem Auftreten von Symptomen hätte die IV-Stelle so Max Muster umgehend wieder fachmännisch begleiten können und eventuell eine erneute 100%-ige Arbeitsunfähigkeit vermeiden können.

Auch bei Abschluss der beruflichen Massnahmen mit Ende des Arbeitsversuchs hätte die IV-Stelle die Möglichkeit gehabt, vor abschliessender Stellungnahme zum Rentenanspruch den weiteren beruflichen Verlauf noch abzuwarten. Im vorliegenden Fall wäre dies in Berücksichtigung der Diagnose und des Rückfallrisikos sicherlich sinnvoll gewesen, zumindest den weiteren Verlauf bis Ende Dezember 2021 abzuwar-

ten, ob Herr Muster den Anforderungen als Bauleiter auch über einen längeren Zeitraum wieder vollumfänglich gewachsen ist, nachdem erst ab September 2021 wieder eine 100%-ige Arbeitsfähigkeit attestiert wurde.

Rechtliche Erwägungen

Aus rechtlicher Sicht stellt sich die zentrale Frage, ob die IV-Stelle Herrn Muster aufgrund der längerdauernden Arbeitsunfähigkeit eine befristete Rente hätte zusprechen müssen. Art.28 Abs.1 Bst. a IVG gibt vor, dass Versicherte Anspruch auf eine IV-Rente haben, sofern ihre Erwerbsfähigkeit durch zumutbare Eingliederungsmassnahmen nicht wiederhergestellt werden kann. In Rz.2300 KSIR wird weiter ausgeführt, dass ein Rentenanspruch somit grundsätzlich erst nach Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Eingliederung entstehen kann. Vor diesem Zeitpunkt kann ein (befristeter) Rentenanspruch ausnahmsweise entstehen, wenn die versicherte Person nicht oder noch nicht eingliederungsfähig war (BGE 9C_689/2019; 9C_450/2019).

Die Ausführungen im Kreisschreiben zeigen auf, dass die Frage, ob eine befristete Rente zuzusprechen ist, einen gewissen Ermessensspielraum zulässt. Dabei gilt es verschiedene Aspekte abzuwägen, wie u. a. die Frage nach der Schwere des Gesundheitsschadens, dem Rückfallrisiko oder der Dauer der rentenbegründenden Arbeitsunfähigkeit und dem Beginn der Eingliederungsfähigkeit. Im vorliegenden Fall war der Versicherte für die Dauer von gut 17 Monaten 100% arbeitsunfähig. Eine Eingliederungsfähigkeit für den 1. Arbeitsmarkt bestand erst mit Beginn des Arbeitsversuchs ab 02.03.2021. Damit war er bei Ablauf der einjährigen Wartefrist am 20.01.2021 rentenbegründend eingeschränkt. Aufgrund der Schwere der Depression bei Beginn der Erkrankung konnte das Vorliegen eines invalidisierenden Leidens nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund der erfolgreichen Wiedereingliederung in die angestammte Tätigkeit und eines allfälligen Umschulungsanspruchs ist bei der Prüfung des Rentenanspruchs auf die angestammte und nicht auf die adaptierte AUF abzustellen.

Zusammenfassend wäre die Zusprache einer befristeten Rente rechtlich nicht falsch gewesen. Daraus kann jedoch im Umkehrschluss nicht abgeleitet werden, dass die Abweisung von Rentenleistungen mit Verfügung vom 11. November 2021 aus rechtlicher Sicht nicht korrekt war. So gibt der Gesetzgeber vor, dass vor Prüfung eines Rentenanspruchs und Zusprache einer IV-Rente zuerst die medizinischen und beruflichen Massnahmen auszuschöpfen sind. Diesem Grundsatz ist die IV-Stelle mit Abweisung eines Rentenanspruchs nachgekommen.

Aufgabe 3

Mit Verfügung vom 11. November 2021 wurden Rentenleistungen abgewiesen. Die Wiederanmeldung bzw. Neuanmeldung ist am 11.02.2022 bei der IV-Stelle eingegangen. Damit ist die Verfügung vom 11. November 2021 im Zeitpunkt der Wiederanmeldung formell rechtskräftig.

Neben den Beruflichen Eingliederungsmassnahmen wurden im Dispositiv der Verfügung vom 11. November 2021 die Rentenleistungen ebenfalls rechtskräftig abgewiesen. Über alle mit Anmeldung vom 16.06.2020 geltend gemachten Leistungen wurde somit mittels einer abschliessenden Verfügung rechtsgültig Stellung genommen. Damit ist Ausgangspunkt für die erneute Prüfung von Rentenleistungen die Wiederanmeldung vom 11.02.2022.

Ein erneutes Rentengesuch nach einer Abweisung unterliegt abstellend auf Art.87 Abs.3 IVV ebenfalls den Revisionsbestimmungen. Für die Zusprache einer IV-Rente nach einer Abweisung müssen somit ebenfalls Revisionsgründe nach Art.17 ATSG vorliegen oder die Voraussetzungen für eine Wiedererwägung nach Art.53 ATSG erfüllt werden. Zudem unterliegt die Bearbeitung einer Revision der vollen Kognition. Das Bundesgericht hält bis heute in seinen Entscheiden an dieser Auslegung fest.

In den rechtlichen Erwägungen zu Aufgabe 1 und 2 wurde begründet, dass der abweisende Rentenentscheid vom 11.11.2021 nicht den geltenden gesetzlichen Bestimmungen widerspricht. Da Herr Muster die angestammte Tätigkeit nach dem Arbeitsversuch wieder zu 100% aufnehmen konnte und im Zeitpunkt der abweisenden Verfügung offenbar auch noch ausgeübt hat, liegt auch keine eindeutige Verletzung des Untersuchungsgrundsatzes vor. Damit werden die Voraussetzungen für eine Wiedererwägung der Verfügung vom 11. November 2021 nach Art.53 ATSG nicht erfüllt. Das neue Gesuch ist somit unter den Revisionsbestimmungen zu prüfen.

Wird vom Versicherten ein Gesuch um Revision eingereicht, ist darin glaubhaft zu machen, dass sich der Grad der Invalidität in einer für den Anspruch erheblichen Weise geändert hat (Art.87 Abs.2 IVV). Dieser Artikel sieht somit für das Sozialversicherungsverfahren eine Ausnahmeregelung in Form einer Beweislastumkehr vor. So muss die IV-Stelle auf ein Revisionsgesuch erst eintreten, nachdem die versicherte Person glaubhaft gemacht hat, dass sich der Grad der Invalidität in einer für den Anspruch erheblichen Weise geändert hat bzw. geändert haben könnte.

Mit Schreiben vom 17. Februar 2022 hat die zuständige IV-Stelle abstellend auf Art.87 Abs.2 IVV Max Muster aufgefordert, die entsprechenden Nachweise einzureichen, damit auf sein Revisionsgesuch eingetreten werden kann. Nachdem sich das Vorgehen der IV-Stelle auf eine rechtliche Grundlage abstützt, wurde das Verfahren von der zuständigen IV-Stelle korrekt gestaltet.

Aufgabe 4

Gemäss Ausführungen des Eingliederungsverantwortlichen besteht im heutigen Zeitpunkt keine Eingliederungsfähigkeit. Vor Durchführung von beruflichen Eingliederungsmassnahmen muss es Max Muster zuerst gesundheitlich wieder besser gehen. Die weitere medizinische Behandlung der Depression steht im Vordergrund. Die Rückfrage beim RAD-Arzt ergab, dass vor Ablauf von 12 Monaten intensiver psychiatrischer Behandlung mit keiner wesentlichen Verbesserung des Gesundheitszustandes und damit mit der Wiedererlangung einer Eingliederungsfähigkeit gerechnet werden kann. Aufgrund der fehlenden Eingliederungsfähigkeit und der Prognose hat der zuständige Eingliederungsverantwortliche mit Abschlussbericht vom 18. März 2022 seinen Auftrag mit dem Antrag auf Prüfung des Rentenanspruchs abgeschlossen.

Abstellend auf die Ausführungen des Eingliederungsverantwortlichen und die Einschätzung des RAD-Arzt sind folgende Entscheidungen zu treffen:

- *Abweisung von weiteren beruflichen Eingliederungsmassnahmen*
- *Prüfung des Rentenanspruchs*
- *Überwachung des gesundheitlichen Verlaufs mit oder ohne Begleitung der versicherten Person*

Seit 24. Januar 2022 wird Max Muster wieder zu 100% arbeitsunfähig geschrieben. Den medizinischen Unterlagen zufolge ist vor Mitte März 2023 mit keinem Wiedererlangen einer Arbeitsfähigkeit zu rechnen. Die einjährige Wartefrist läuft spätestens im Januar 2023 ab. Bis zu diesem Zeitpunkt wird weiterhin eine 100%-ige Arbeitsunfähigkeit prognostiziert bzw. bestätigt. Der RAD-Arzt geht davon aus, dass nicht vor Mitte März 2023 mit dem Wiedererlangen einer Eingliederungsfähigkeit gerechnet werden kann. Es ist damit vollkommen offen, wie sich der weitere Verlauf des Gesundheitszustandes gestaltet und ob bis zu diesem Zeitpunkt wieder eine Eingliederungsfähigkeit aufgebaut werden kann. Im heutigen Zeitpunkt sind deshalb weitere berufliche Eingliederungsmassnahmen abzuweisen und der Rentenanspruch wie vom Eingliederungsverantwortlichen beantragt, zu prüfen.

Die abweisende Rentenverfügung vom 11. November 2021 ist bei Eingang der Wiederanmeldung vom 11.02.2022 formell in Rechtskraft erwachsen. Zu sämtlichen Leistungen, die mit der Anmeldung vom 16.06.2020 geltend gemacht wurden, wurde mit einer Verfügung rechtsgültig Stellung genommen. Damit

kann das neue Rentengesuch nicht mehr über die Anmeldung vom 16.06.2020 geprüft werden. Grundlage für die Prüfung des neuen Rentengesuchs bildet damit die Wiederanmeldung vom 11.02.2022.

Gründe für eine Wiedererwägung der Verfügung vom 11. November 2021 liegen nicht vor. Insbesondere basiert die Verfügung nicht auf einem zweifellos unrichtigen Entscheid. Damit ist das neue Rentengesuch der Praxis des Bundesgerichtes zufolge als Revisionsgesuch zu bearbeiten.

Mit Beginn der erneuten 100%-igen Arbeitsunfähigkeit ist eine wesentliche Veränderung des Sachverhaltes eingetreten. Der Gesundheitszustand von Max Muster hat sich in erheblichem Ausmass verschlechtert, so dass auf das Rentengesuch einzutreten ist.

Nachdem der Versicherte nicht eingliederungsfähig ist und vor Ablauf eines Jahres auch mit keiner Eingliederungsfähigkeit zu rechnen ist, stellt sich die Frage, ob der weitere Behandlungsverlauf bis Mitte März 2023 abzuwarten ist oder vorgängig Rentenleistungen geprüft werden können. In diesem Zusammenhang ist auch der Frage nachzugehen, ab welchem Zeitpunkt frühestens eine IV-Rente ausgerichtet werden kann. Nachdem dem Versicherten keine befristete Rente vorgängig zugesprochen wurde, kommt Art.29bis IVV mit Wiederaufleben der IV-Rente nicht zur Anwendung. Damit entsteht der Rentenanspruch grundsätzlich erst nach Ablauf einer einjährigen Wartefrist und damit frühestens ab Januar 2023. Vorbehalten bleibt die Auslegung von Art.88a Abs.2 IVV. Kommt diese gesetzliche Bestimmung nur bei einer laufenden Rente zur Anwendung oder ist sie auch sinngemäss nach einer Rentenabweisung anzuwenden? Weder im Kreisschreiben KSIR noch in Bundesgerichtsentscheiden wird zur Auslegung von Art.88a Abs.2 IVV Stellung genommen. Damit bleibt es fraglich, ob dieser Artikel auch nach Abweisung einer Rente sinngemäss zur Anwendung kommt und früher zurückgelegte Arbeitsunfähigkeitszeiten innert einem Zeitraum von drei Jahren anzurechnen sind. Der Rentenanspruch kann deshalb frühestens im Januar 2023 entstehen. Es ist noch darauf hinzuweisen, dass selbst bei Anrechnung früher zurückgelegten Zeiten, der Anspruch auf eine IV-Rente frühestens 6 Monate nach Eingang der IV-Anmeldung gegeben ist. Dem Versicherten ist deshalb schriftlich mitzuteilen, dass die einjährige Wartefrist erst im Januar 2023 erfüllt wird und das Rentengesuch kurz vor Ablauf der einjährigen Wartefrist im Dezember 2022 weiterbearbeitet werden kann.

Im Rahmen der Rentenprüfung sind im Dezember 2022 aktuelle medizinische Unterlagen einzuholen. Falls diesen Arztberichten ein positiver Behandlungsverlauf und eine absehbare Verbesserung des Gesundheitszustandes zu entnehmen ist, empfiehlt es sich den Fall nach Stellungnahme zum Rentenanspruch nicht abzuschliessen und den weiteren gesundheitlichen Verlauf weiterhin zu überwachen, um frühzeitig mit beruflichen Massnahmen den positiven Prozess zu unterstützen. Andernfalls ist mit Zusprache der IV-Rente ein entsprechender Revisionstermin abgestimmt auf den prognostizierten Verlauf zu setzen.

Aufgabe 5

Mit Schreiben vom 18. April 2022 bitten Sie uns um eine rechtlich begründete Stellungnahme, ob nach Zusprache einer IV-Rente bei Wiederausrichtung von beruflichen Eingliederungsmassnahmen ein IV-Taggeld in gleicher Höhe wie während des Arbeitsversuchs ausgerichtet werden kann

Bezieht eine versicherte Person eine IV-Rente, so ist ihr diese während der Durchführung von Integrationsmassnahmen nach Art. 14a IVG und von Massnahmen nach Art.8a IVG anstelle eines Taggeldes weiter auszurichten (Art.22 Abs.5 IVG). Damit entfällt während der Teilnahme an Integrationsmassnahmen der Anspruch auf ein Taggeld der IV nach Art.22 Abs.1 IVG.

Bei Zusprache beruflicher Eingliederungsmassnahmen über Art.8 IVG hingegen kann Ihnen im Anschluss an die Integrationsmassnahmen wieder ein IV-Taggeld ausgerichtet werden. Art.8 IVG kommt für die Zusprache von beruflichen Eingliederungsmassnahmen zur Anwendung, sofern die Wiedererlangung der Eingliederungsfähigkeit bzw. der Arbeitsfähigkeit auf die Verbesserung des Gesundheitszustandes zurückzuführen ist. Die Berechnung des Taggeldes basiert auf dem zuletzt erzielten Erwerbseinkommen vor

Beginn der gesundheitlichen Einschränkung. Damit ist wiederum Ihr Einkommen als Bauleiter für die Berechnung des Taggeldes heranzuziehen. Nachdem sich an diesem nichts geändert hat würde sich auch an der Taggeldhöhe nichts ändern.

Sollten Sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sein, die Tätigkeit als Bauleiter weiter auszuüben, so haben Sie grundsätzlich Anspruch auf Umschulung auf eine neue Tätigkeit (Art.17 IVG), sobald eine Eingliederungsfähigkeit für adaptierte Tätigkeiten besteht. Ziel einer Umschulung ist es, einer versicherten Person mit einer beruflichen Neuqualifizierung wieder ein annähernd gleichwertiges Erwerbseinkommen (= verbleibende Erwerbseinbusse < 20%) zu ermöglichen. Da Sie als Bauleiter ein überdurchschnittlich hohes Erwerbseinkommen erzielt haben, wird das Umschulungsziel bei ausgewiesener 100%-iger adaptierter Arbeitsfähigkeit nur über eine berufliche Neuqualifizierung mit gleichwertigem Ausbildungsstand erreichbar sein.

Aufgabe 6

Mit Schreiben vom 18. April 2022 ersuchen Sie um Ausrichtung einer ganzen IV-Rente ab August 2022.

Vom 1.09.2021 bis 23.01.2022 waren Sie nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen als Bauleiter wieder 100% arbeitsfähig. Aufgrund dieser wieder erlangten Arbeitsfähigkeit liegt ein neuer Versicherungsfall vor, nachdem die erforderliche Arbeitsunfähigkeit für mehr als 30 Tage unterbrochen war (Art.28 Abs.1 IVG in Verbindung mit Art.29bis IVV). Die einjährige Wartefrist beginnt deshalb erst am 24.01.2022 wieder neu zu laufen. Das Wartejahr läuft somit erst am 23.01.2023 ab. Sofern ab 24.01.2023 weiterhin eine rentenbegründende Erwerbsunfähigkeit ausgewiesen ist, kann Ihnen ab diesem Zeitpunkt eine IV-Rente ausgerichtet werden.

Die Aufhebung der abweisenden Rentenverfügung ist ebenfalls nicht möglich. Die Rentenverfügung vom 11. November 2021 ist 30 Tage nach Erhalt in Rechtskraft erwachsen. Eine rechtskräftige Verfügung kann nur aufgehoben werden, wenn diese zweifellos unrichtig war. Diese Voraussetzung trifft nicht zu. Die Verfügung basiert auf den gesetzlichen Vorgaben, eine Rente erst nach Abschluss der medizinischen Behandlung und nach Durchführung von beruflichen Eingliederungsmassnahmen zu prüfen und zuzusprechen. Die Verfügung vom 11. November 2021 kann deshalb nicht in Wiedererwägung (Art.53 Abs.2 ATSG) gezogen und Ihnen vor erneuter Erfüllung der einjährigen Wartefrist eine Rente ausgerichtet werden.

Sollten Sie vor Ablauf der einjährigen Wartefrist wieder eine mindestens 20%-ige Arbeitsfähigkeit erlangen, empfehlen wir Ihnen, sich für den Bezug von Arbeitslosentaggeldern bei der ALV anzumelden.